

Niederschrift

über die 8. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **07.03.2023**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 7 vom 08.02.2023**
- 4. Erlass einer Haushaltssatzung 2023
Vorlage: 016/2023**
- 4.1. Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: 016/2023/1**
- 5. Erlass einer 24. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen
Vorlage: 037/2023**
- 6. Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande
Vorlage: 036/2023**
- 7. Änderung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: 034/2023**
- 8. Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhausen (Stellplatzgebührensatzung)
Vorlage: 035/2023**
- 9. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns als Ausschussvorsitzende

Ratsherr Reemt Borchers

Beigeordneter Nikolai Dumke

Ratsherr Torge Heinisch

Beigeordneter Matthias Lührs

Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsherr Frank Behrens Vertretung für Herrn Ratsherr Thomas Ney

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg

Gemeindeoberrat Klaus Oltmann

Gemeinderätin Nadine Stamer

Gemeindeamtsrat Christian Kroll

Verwaltungsfachwirtin Regina Weger als Schriftführer

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bruns, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. **Einwohnerfragestunde**

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 7 vom 08.02.2023**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Erlass einer Haushaltssatzung 2023**

Vorlage: 016/2023

4.1. Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023

Vorlage: 016/2023/1

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass aufgrund der weiterhin angespannten Finanzlage dringend eine Verbesserung der Einnahmesituation stattfinden muss.

Anhand einer Power Point Präsentation wurden von der Verwaltung die Änderungen gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf vorgestellt.

Im Ergebnis zeigt sich, unter Berücksichtigung der Erhöhung der Kreisumlage, eine Verschlechterung um 487.900 €. Das Gesamtdefizit erhöht sich somit auf 1.086.100 €.

Im investiven Bereich ergibt sich eine Erhöhung des Kreditbedarfs um 380.000 €. Die Veränderung resultiert aus der Veranschlagung von 400.000 € für die Sanierung der DGA Cäcilienroden und der Reduzierung des Anschaffungswertes für ein Löschfahrzeug für die Feuerwehr Gödens.

In der Form wäre der Haushalt 2023 nicht genehmigungsfähig.

Der Rat nimmt den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung ohne Konsolidierungsmaßnahme zur Kenntnis.

Dem wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Aufgrund der besorgniserregenden Entwicklung der mittelfristigen Planung wurden von der Verwaltung folgende Vorschläge für Einsparungen und Maßnahmen mit dem Zweck der Haushaltskonsolidierung vorgestellt, über die dann im Einzelnen abgestimmt wurde:

1. Reduzierung des Ansatzes für Straßenunterhaltung von 730.000 € auf 180.000 € und Veranschlagung der Sanierung der Posener Straße als Investition (290.000 €). Daraus ergibt sich ein Deckungsbeitrag in Höhe von 550.000 €.

Von der SPD-Fraktion wurde Zustimmung signalisiert. Es wäre wünschenswert, wenn die Arbeiten im Bereich Gießerei- und Mariensielers Str. durch die Deutsche Bahn finanziert würden. Es wurde angeregt, dass der Bürgermeister in dieser Sache Olaf Lies in seiner Funktion als Nds. Wirtschaftsminister kontaktieren sollte, damit dieser sich bei der Deutschen Bahn dafür einsetzt, dass diese die Kosten der Sanierung übernimmt. Die Reparaturen im Bereich der Hauptstraße/Einmündung Am Markt sollten bis zur Neugestaltung der Hauptstraße verschoben werden. Der vorgesehenen Unterhaltungsmaßnahme in der Deichstraße wurde zugestimmt.

Der Reduzierung des Ansatzes für die Straßenunterhaltung auf 180.000 € wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Nichtübernahme des Fahrradweges Ems-Jade-Kanal. Die Veranschlagung von 70.000 € soll eingespart werden.

Seitens der SPD-Fraktion wurde ausgeführt, dass der Radweg aus vielerlei Gründen erhaltenswert sei. Es wird die Ansicht vertreten, dass zunächst 35.000 € für eine Schotterlösung veranschlagt werden sollte. Es sollte eine Kontaktaufnahme mit dem NLWKN erfolgen und eine gemeinsame Finanzierung der Asphaltierung in Erwägung gezogen werden.

Von der CDU Fraktion wurde angemerkt, dass eine Zustimmung zu diesem Vorschlag nicht erfolgen wird.

Andere Ausschussmitglieder konnten dem Vorschlag folgen.

Zunächst wurde über die Streichung des kompletten Ansatzes abgestimmt. Der Vorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Dann wurde über die Veranschlagung von 35.000 € für die Ausstattung des Weges mit Schotter abgestimmt.

Dem Vorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

3. Nichtsanierung und Nichtnutzung der DGA Cäciliengroden entsprechend des Bürgerentscheides. Durch die Streichung der veranschlagten Zinsen, der AfA, der Bauunterhaltung und der Bewirtschaftungskosten beläuft sich der Deckungsbeitrag auf 11.600 €.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich einstimmig dafür aus, dass eine Schließung nicht vertretbar sei. Von der SPD-Fraktion wurde noch angemerkt, dass eine Schließung nie gewollt war und bereits in der Vergangenheit Anstrengungen unternommen wurden, ein Nutzungskonzept zu erstellen.

Dies ist leider nicht gelungen. Außerdem hat die Kirchengemeinde damit überrascht, dass die „Brücke“ unter Umständen früher als gedacht schließen würde.

Damit der Ortsteil Cäciliengroden nicht schlechter gestellt ist als die übrigen Ortsteile hat sich die SPD-Fraktion entschieden für den Erhalt zu stimmen. Es sollten die zur Erhaltung notwendigen Mittel veranschlagt werden.

Diese Meinung vertraten auch die anderen Ausschussmitglieder.

Es wurde darüber abgestimmt, 40.000 € in diesem Jahr und insgesamt 360.000 € in den nächsten drei Jahren, verteilt auf sinnvolle Bauabschnit-

te, zu veranschlagen.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Durch eine externe Realisierung des Gewerbegebietes entfallen die veranschlagte Investition in Höhe von 1.770.000 € und die 13.000 € Zinsen für die dafür vorgesehene Kreditaufnahme. Die Einsparung im Ergebnishaushalt beträgt somit 13.000 €.

Von der Verwaltung wurde dazu angemerkt, dass dadurch nicht nur die Zinsen eingespart werden sondern auch die Verschuldung nicht erhöht wird.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Durch eine externe Realisierung eines Wohngebietes entfallen die veranschlagte Investition in Höhe von 1.200.000 €, 9.000 € Zinsen für die dafür vorgesehene Kreditaufnahme und Kosten für die Bauleitplanung in Höhe von 80.000 €. Damit würde sich die Einsparung im Ergebnishaushalt auf 89.000 € belaufen.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Der Zuschuss für die Sozialstation Sande wird statt mit 201.000 € nur für das erste Quartal mit 60.000 € veranschlagt. Dadurch reduziert sich das Defizit um 141.000 €.

Dem wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Erhöhung der Steuersätze bei der Hundesteuer von 102 € jährlich für den ersten und 162,00 € jährlich für jeden weiteren Hund. Der jährliche Mehrertrag würde mit 34.000 € zu Buche schlagen.
Die Gruppe Bürger für Sande/CDU sprach sich dafür aus, die Hundesteuer moderat zu erhöhen.
Die SPD-Fraktion lehnte eine Erhöhung der Hundesteuer zum jetzigen Zeitpunkt ab, da sie eine zusätzliche Belastung darstellt und dafür bei den allgemeinen Kostensteigerungen nicht die richtige Zeit sei.
Zunächst wurde über den Vorschlag der Erhöhung der Steuersätze auf 102 € und 162 € abgestimmt.

Dem Vorschlag, die Hundesteuer zu erhöhen wurde nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

8. Es wird eine Anhebung der Vergnügungssteuer vorgeschlagen. Der Steu-

ersatz soll bei der Spielgerätesteuern auf 22 v. H des Einspielergebnisses erhöht werden. Dadurch kann der veranschlagte Ansatz um 14.000 € auf 154.000 € jährlich angehoben werden.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Es soll auf den Einbau von Lüftungen in den KiTas verzichtet werden. Die dafür veranschlagte AfA von 75.000 € entfällt dadurch und der Ertrag durch die Auflösung der Sonderposten verringert sich um 26.000 €. Es wurde von der Ausschussvorsitzenden dazu angemerkt, dass der Fachausschuss diesen Beschlussvorschlag in Abstimmung mit den KiTas mitträgt.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Auf die Sanierung der Toiletten im Sozialtrakt des Rathauses wird verzichtet. Dadurch entfällt die Veranschlagung von 25.000 €.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Durch die investive Veranschlagung der Posener Straße entfallen die AfA und die Zinsen für die dafür geplante Darlehensaufnahme. Dadurch verringern sich die Ansätze im Ergebnishaushalt um insgesamt 3.500 €.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Durch den Verzicht auf die Aktualisierung des Feuerwehrbedarfsplans in 2023 werden 15.000 € eingespart.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Der Ansatz für die Personaldienstleister im Bereich der KiTas soll um 20.000 € auf 151.000 € reduziert werden.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Durch die Erhöhung der Stellplatzgebühren von 8 € auf 10 € pro Tag und Wohnmobil wird der Ansatz für die Gebühren um 4.000 € auf 20.200 € erhöht.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Durch den Verkauf eines Grundstücks über dem Buchwert kann ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von 67.500 € veranschlagt werden.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Der Rückbau der Altkläranlage soll auf zwei Haushaltsjahre aufgeteilt werden. Dadurch reduziert sich der Ansatz im Jahr 2023 auf 100.000 €.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Im Anschluss wurde über die Anträge der Gruppen und Fraktionen diskutiert und einzeln abgestimmt.

1. Von der CDU-Fraktion wurde vorgeschlagen, die Kosten für die Präsentkörbe bei Jubiläen von 25 € auf 15 € je Korb zu reduzieren.

Dieser Vorschlag wurde von den anderen Ausschussmitgliedern als kritisch gesehen. Aufgrund der gestiegenen Preise würde bei dem Inhalt der Körbe dann keine Wertschätzung erkennbar sein.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

2. Von der SPD-Fraktion wurde eine pauschale Kürzung der Ansätze für Sach- und Dienstleistungen von 2 – 5 % beantragt.

Es wurde die Ansicht vertreten, dass bei einer entsprechenden Bewirtschaftung eine Einsparung von 2 – 3 Prozent kein Problem darstellen dürfte. Hintergrund dafür ist der ungewisse Ausgang der Tarifverhandlungen und die dadurch steigenden Personalkosten.

Die Verwaltung gab zu Bedenken, dass aufgrund von bestehenden Verträgen und Verpflichtungen eine pauschale Kürzung nicht in allen Bereichen möglich ist. Außerdem würde durch die sich dadurch ergebenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben ein sehr hoher Verwaltungsaufwand entstehen.

Im Anschluss an eine kontroverse Diskussion schlug die Verwaltung vor, den Beschluss auf die Sitzung des Verwaltungsausschusses zu verschieben. Bis dahin soll geprüft werden, in welchen Bereichen eine pauschale Kürzung aufgrund von rechtlichen Verpflichtungen nicht möglich sei und die genaue Auswirkung der Kürzung dargestellt werden.

Es wurde darüber abgestimmt, den Beschluss auf die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses zu verschieben.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Seitens der SPD-Fraktion wurde beantragt, die vorgesehenen 200.000 € für das Kanalkataster zu streichen. Von der Einführung eines Kanalkatasters soll abgesehen werden. Dafür sollen 100.000 € für anlassbezogene Prüfungen der Kanalisation veranschlagt werden. Anlassbezogen wäre eine Prüfung bei einer bevorstehenden Straßensanierung oder in Verdachtsbereichen.

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass eine Veranschlagung als Investition nur erfolgen kann, wenn ein Kataster erstellt wird. Einzelne Untersuchungen müssten als Planungsaufwand im Ergebnishaushalt veranschlagt werden.

Von der Gruppe Grüne/FDP/Linke wurde die Auffassung vertreten, dass am Kanalkataster festgehalten werden muss. Nur so sei verlässlich erkennbar, wo Maßnahmen erforderlich sind. Außerdem sei man in der Verantwortung, die Gebühren möglichst niedrig zu kalkulieren. Bei anlassbezogenen Prüfungen bestünde die Gefahr, dass am Ende deutlich höhere Kosten entstehen könnten.

Von der Gruppe Bürger für Sande/CDU wurde angeregt, den Gesamtbeitrag von 800.000 € statt auf vier auf fünf Jahre zu verteilen.

Es wurde letztendlich darüber abgestimmt, die Veranschlagung wie vorgesehen in den Jahren 2023 – 2026 mit jeweils 200.000 € zu belassen.

Dem wurde mehrheitlich zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

4. Von der SPD-Fraktion wurde der Antrag gestellt, die 300.000 € für den Kreisel an der K312 zu streichen.

Dem Antrag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Es folgte die Abstimmung über die Beauftragung der Verwaltung durch den Rat mit folgenden Prüfaufträgen:

1. Prüfung der Einführung der Parkraumbewirtschaftung

Von der SPD-Fraktion wurde die Auffassung vertreten, dass eine Erhebung von Gebühren am Parkplatz am Bahnhof nicht erfolgen sollte. Der dort anfallende Aufwand beschränke sich auf die Pflege und die Unterhaltung. Von der Verwaltung wurde erläutert, dass die Prüfung auch für andere Parkräume, wie beispielsweise den Parkplatz am Sander See in Frage kommt. Es wurde klargestellt, dass an dieser Stelle nur über einen Prüfauftrag abgestimmt wird und weitere Schritte erst in der mittelfristigen

Ergebnisplanung erfolgen würden.

Dem Prüfauftrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

2. Prüfung der Reduzierung öffentlicher Veranstaltungen (z. B. Neubürgerempfang, Neujahrsempfang etc.)

Seitens der SPD-Fraktion wurde signalisiert, dass man dem Prüfauftrag ablehnend gegenübersteht, da solche Veranstaltungen das Gemeindeleben bereichern.

Dem Prüfauftrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

3. Auslaufen der Städtebauförderung in Neustadtgödens

Dem Prüfauftrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Überprüfung der Höhe der Elternbeiträge der Kinderbetreuung

Von der SPD-Fraktion wurde angemerkt, dass eine generelle Erhöhung der Beiträge abgelehnt wird, man aber bei den Beiträgen für Sonderzeiten gesprächsbereit sei.

Dem Prüfauftrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Reduzierung von KiTa-Öffnungszeiten

Von der SPD-Fraktion wurde deutlich gemacht, dass eine Reduzierung der Öffnungszeiten aus finanziellen Gründen abgelehnt wird.

Von der Gruppe Grüne/FDP/Linke wurde angemerkt, dass eine Reduzierung der Öffnungszeiten einen gesellschaftlichen Rückschritt bedeuten würde und man dem Prüfauftrag aus dem Grunde nicht zustimmen könne.

Der Prüfauftrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

6. Einstellung von Ferienbetreuung außer in den Sommerferien

Dem Prüfauftrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Überprüfung von Wochenmarktgebühren und Standgeldern

Von der SPD-Fraktion wurde die Auffassung vertreten, dass eine Erhöhung der Gebühren zu einem Marktsterben führen könnte und man daher dem Prüfauftrag nicht zustimmen könne.

Der Prüfauftrag wurde abgelehnt.
Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

8. Reduzierung von Sportförderung
Von der SPD-Fraktion wurde angemerkt, dass eine Kürzung der Sportförderung nicht vorstellbar sei, da diese in der Vergangenheit bereits stark reduziert wurde.
Diese Auffassung wurde auch von anderen Ausschussmitgliedern vertreten.

Der Prüfauftrag wurde abgelehnt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Reduzierung der Haushaltsreste durch Reduzierung neuer Aufträge

Dem Prüfauftrag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Prüfung von Refinanzierungsmaßnahmen der Straßenerneuerung und des Straßenausbaus

Im Anschluss an eine rege Diskussion wurde von der Verwaltung vorgeschlagen, dass man zunächst Informationen zum Thema Straßenausbaubeiträge und wiederkehrende Straßenausbaubeiträge in einem Vortrag vorträgt.

Von einem Ausschussmitglied wurde beantragt, die Abstimmung über den Prüfauftrag zu verschieben, bis eine Infoveranstaltung zu diesem Thema stattgefunden hat.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Erlass einer 24. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen**
Vorlage: 037/2023

Seitens der Verwaltung wurde erklärt dass es drei Arten von Hauskläranlagen bzw. Sammelgruben gibt, für die jeweils eine Kalkulation durchzuführen ist.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die vorgelegte 24. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande**

Vorlage: 036/2023

Die Erhöhung der Steuersätze wurde bereits unter Tagesordnungspunkt 4 diskutiert abgelehnt.

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass durch eine Änderung in der Zivilprozessordnung dazu führt, dass die Pfändung von Hunden, die nicht zu Erwerbszwecken gehalten werden, nicht mehr zulässig ist.

Es wurde beschlossen, den § 11 und § 10 Absatz 4 Satz 5 der Hundesteuersatzung ersatzlos zu streichen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die vorgelegte 11. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande vom 26.09.1974

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Änderung der Vergnügungssteuersatzung

Vorlage: 034/2023

Es wurde erläutert dass es bereits Kommunen gibt, die bei der Spielgerätesteuer 22 v. H. des Einspielergebnisses erheben. Eine erdrosselnde Wirkung ist bei dem Steuersatz nicht gegeben.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die vorgelegte 2. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 07.03.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhausen (Stellplatzgebührensatzung)

Vorlage: 035/2023

Von der Verwaltung wurde der Sachverhalt erläutert. Ein Ausschussmitglied fragte, ob auf dem Wohnmobilstellplatz die Nutzung der Kassenautomaten kontrolliert wird.

Es wurde erläutert, dass regelmäßig Kontrollen und Leerungen der Kassenautomaten stattfinden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der zurzeit gültigen Fassung den

Erlass einer 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhausen (Stellplatzgebührensatzung) vom 15.03.2018 zum 01.05.2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Schluss der Sitzung: 19:27 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin